# Die Tentakel der Verwaltung

**Die Linken können sich bei der aktuellen Lobbyisten-Diskussion genüsslich zurücklehnen: Das Milizprinzip wird weiter geschwächt, der Staatsapparat gestärkt.**
*Von Peter Keller*

Kürzlich fragte mich ein *NZZ*-Journalist, wie ich das Lobbying in Bern erlebe. Grundsätzlich ist es richtig, dass sich Interessengruppen – oder: Betroffene – einbringen. Wenn der Bund wieder eine unsinnige Bestimmung ausheckt, soll sich das Gewerbe oder die Finanzbranche oder wer auch immer zur Wehr setzen. Der ungeschminkte Polit-Alltag bedeutet ja oft nichts anderes, als das Schlimmste zu verhindern.

Dann gibt es die – wir wollen sie mal die Zeugen Jehovas unter den Lobbyisten nennen. Nicht weil sie eine persönliche Mission verfolgten, Gott behüte, sondern der Aufsässigkeit wegen. Sie sind die Vertreterbranche, quasi das Callcenter auf zwei Beinen. Bezahlte Agenten von links bis rechts, von den Umweltverbänden bis zur Pharmaindustrie. Durchaus charmant im Auftreten, nutzen sie das Terrain vor den Ratssälen, um Parlamentarier zu umgarnen.

Manch Kollege liess sich schon aus über deren Aufdringlichkeit – oft waren es solche, die ihre Zutrittskarten selber an Interessenvertreter vergeben haben. Persönlich wunderte ich mich über die Klagen. Mir nähert sich nur höchst selten ein Exemplar. Das hat weniger mit moralischer Standhaftigkeit meinerseits zu tun als mit einer Weisheit des unsterblichen Udo Jürgens, der einmal sagte, für nicht attraktive Menschen sei es wesentlich einfacher, treu zu sein. Oder anders gesagt: Es gibt für Lobbyisten prickelndere Dating-Profile im Parlament als die von SVP-Mitgliedern, die für die *Weltwoche* schreiben.

## Da kichern die Hühner

Die flexible Mitte lohnt sich da schon eher. Womit wir bei Christa Markwalder wären. Ihre Kasachstan-Interpellation an sich ist eine Lappalie. Aufschlussreich bis amüsant waren bloss die Reaktionen im Nachgang. Sie sei halt zu gutgläubig, beteuerte die FDP-Nationalrätin, ihr sei nicht bewusst gewesen, dass die für das PR-Unternehmen Burson-Marsteller arbeitende Marie-Louise Baumann (ebenfalls FDP) Geld für diesen Vorstoss kassiert habe. Da kichern die Hühner. Man muss nicht einmal selber in dieser Branche tätig sein, wie die von der Zurich-Versicherung bezahlte Christa Markwalder, um zu wissen, dass hier keiner zum Spass oder für Gotteslohn unterwegs ist.

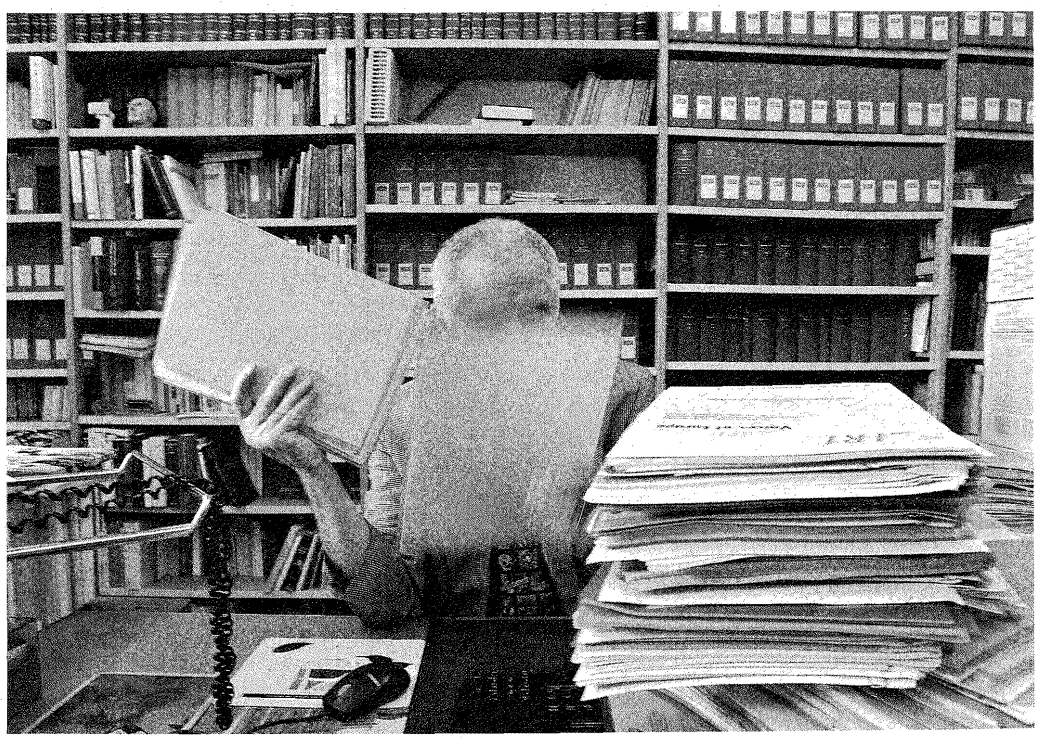
Oder fast keiner. Da gibt es noch den Lobbyisten des Allerhöchsten im Bundeshaus, Beat Christen, bibelfest und immer freundlich. Mal wirbt er für die frühmorgendliche Parlamentarierandacht, dann für den Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag. Mit ihm schwatze ich regelmässig ein paar Minuten, meist über Historisches. Nie hat er wegen eines politischen Geschäftes Einfluss zu nehmen versucht. Er ist in anderen Dimensionen unterwegs. Sein Badge erhält Beat Christen vom St. Galler Nationalrat Jakob Büchler. Die zweite Karte hat der CVP-Politiker und Präsident der parlamentarischen Gruppe Christ und Politik, ökumenisch korrekt, einem katholischen Seelsorger vergeben.

Jeder Parlamentarier verfügt über zwei Badges. Andrea Caroni (FDP) würde ein Akkreditierungsverfahren durch die Bundesverwaltung vorziehen, wie es die Journalisten kennen. «Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein», so der Appenzeller. Klingt vernünftig, wäre aber nur ein weiterer Schritt ins Halbdunkel. Heute herrscht einigermassen Transparenz, jeder kann das Register mit den Zutrittsberechtigten einsehen, und als Parlamentarier legt man eine Art Bürgschaft für die Begünstigten ab. Nur deswegen hat die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger der Kasachen-Lobbyistin Marie-Louise Baumann das Badge entzogen – eine etwas gar wohlfeile Aktion. Aber was wäre, wenn die Bundesverwaltung über die Akkreditierung entscheiden könnte? Eine solche Änderung würde nur für mehr Intransparenz und Behördenwillkür sorgen.

Die Markwalder-Kasachstan-Story lenkt vom Hauptakteur ab: Der grösste und erfolgreichste Lobbyist im Bundeshaus ist nicht etwa die Gesundheitsbranche oder die bösen Banken oder die noch ärgeren Rohstoffhändler, sondern der Staat selber, die Verwaltung mit all ihren Tentakeln in Form von öffentlich finanzierten Institutionen aus der Sozial- und Ökoindustrie, dem Bildungs- und Kulturkuchen. Apropos Abzocker: Allein der Bund kommt auf einen Umsatz von 67 Milliarden Franken im Jahr, finanziert durch den Steuerzahler. Die Verwaltung spuckt jährlich Tausende Seiten neue Gesetze und Bestimmungen aus. Hunderte Bundesangestellte und Informationsbeauftragte kneten die Geschäfte vor und verpassen der Politik einen Drall. Zwar gibt es noch ein paar freisinnige Bastionen in den Departementen und Ämtern, aber in den letzten Jahrzehnten hat ein stiller Umbau stattgefunden. Keine Partei betreibt erfolgreichere Personalpolitik auf Bundesebene als die SP – und niemand erweist sich darin so grottenunfähig wie die Schweizerische Volkspartei.

So können sich die Linken auch bei der aktuellen Lobbyisten-Diskussion genüsslich zurücklehnen: Das Milizprinzip wird weiter geschwächt, der Staatsapparat gestärkt. Nur die direkte Demokratie hält die bürgerliche Mehrheit im Volk draussen noch einigermassen im Spiel. Aber auch da wird kräftig gesägt.

**Peter Keller** ist *Weltwoche*-Autor und SVP-Nationalrat.



*Keine Partei betreibt erfolgreichere Personalpolitik auf Bundesebene als die SP.*